

Haube-Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

werden d. 8. Sept. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Annoncenstellen u. allen Einzelgeschäften angenommen. Kleinanzeigen die 2 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen - Annahmeschluss vom 11 Uhr, für die Sonntags- u. abends 6 Uhr. Adressstellungen, soweit zur Beförderung, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 1892 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braunhansstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, Auslieferungsbefreiung, Nummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst nur unter Einlage von 20 Pf. für den Transport. Die in der Zeitung enthaltene Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Haube-Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 372.

Halle, Montag, den 11. August.

1919.

Steuerfragen in Weimar.

In Oberschlesien streiken erneut 35—40% der gesamten Reviere.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 11. Aug. 76. Sitzung. Am Regierungstisch: Erbsberger und Schmidt. Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung nach 10 1/2 Uhr. Zur zweiten Beratung liegt der Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes.

§ 1 hat nach den Beschlüssen des Vorausschusses folgende Fassung erhalten: Beim Uebertrag des Eigentums an landwirtschaftlichen Grundstücken wird eine Grundbesitzsteuer erhoben. Dem Uebertrag des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken. Dieser Fassung entsprechend ist auch die Ueberschrift geändert worden, Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes.

Uhr. Colmann (Soz.): Annehmbar ist uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei aller Rücksichtnahme auf die Finanzen des Reiches auch die Finanzen der Gemeinden nicht zu sehr in Anspruch genommen werden.

Uhr. Senke (N. S.): Für uns wiegt das Bedenken, daß die Grundbesitzsteuer auf die Mieter abgewälzt werden wird, schwer genug, um das ganze Gesetz abzulehnen.

Uhr. Wobslin (Dem.): Nach unserer Ueberzeugung wird das Gesetz eine außerordentliche Verminderung des Umlages und somit eine außerordentliche Verminderung aus dem Umlagesystem mit sich bringen. Wir werden beschließen, um das Erzielen der neuen Steuer einmütigen Sitzungsbeschlusses, dem von der Opposition Seite gestellten Antrag, den Steuerfuß von vier auf drei Prozent zu ermäßigen, zuzustimmen.

Uhr. Keller-Höfen (D. Vpt.): Wir stimmen dem Entwurf mit schmerzlichen Herzen zu. Die ganze Steuererhebung des Reiches beruht eine Erhöhung der Finanzgebahrung der Gemeinden.

Uhr. Baecke (D. Vpt.): Die Kommissionsberatung hat eine Reihe von Verbesserungen und Verbesserungen gebracht über diesem Vorteil liegt eine so große Reihe von Nachsichten gegenüber, daß wir uns nur schwereren Herzens entschließen können, diesen Gesetz zuzustimmen. Dankbar würden wir für eine Entzerrung sein, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu allen Steuern, zur Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer und Grundsteuer gestalten wird.

Uhr. Regierungsrat Dr. Borch erwirbt, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsalgaben-Ordnung zu verhandelt sein werde.

Der § 1 wurde sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen und demgemäß auch die Ueberschrift in dem Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes geändert.

Die §§ 2-6 werden ohne Debatte erledigt. Die § 7 behandelt die Fälle, in denen die Grundbesitzsteuer nicht erhoben wird.

Dezu Sachantger Siehr, Wobslin und Sen. (Dem.) eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mk. pro Jahr und bei unbebauten 5000 Mk. nicht übersteigt als § 7a. Damit wird zugleich die Beratung des § 2a und eines von dem Abgeordneten Dr. Baecke-Sellen beantragte § 20b verbunden. Nach dem letzten kann die Steuerbehörde aus demselben Grunde, wenn der steuerpflichtige Betrag die genannte Höhe nicht übersteigt, die Steuer ermäßigen.

Uhr. Finanzminister Erbsberger führt u. a. aus: Die Anträge sind bei der Finanzverwaltung des Reiches abzulehnen. Wenn hier eine Abmilderung gefordert würde, so müßten an anderer Stelle höhere Einnahmen bewilligt werden. Das Reich braucht 25 Milliarden.

Uhr. bei der Umsatzsteuer etwas abgeändert. So muß die Reichsregierung erhöht werden. Ist die Rechte dazu bereit? Die Finanzgesetze müssen ja, wie sie vorliegen, verabschiedet werden.

Neuer Streik in Oberschlesien.

WTB. Katowitz, 11. Aug. Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, streiken heute 35—40 Prozent des gesamten ober-schlesischen Reviers. Die Ausständigen fordern die Wieder Einstellung der entlassenen Arbeiter und erhöhen Einspruch gegen den Grenzschutz, gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Dönmänner.

Eine Erklärung Frankfurter Eisenbahner.

WTB. Frankfurt, 10. August. In der von der Frankfurter Ztg. am 7. August unter der Ueberschrift „Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung“ gedruckten Behauptung, daß diese vom Gewerkschaftsbund beauftragten Eisenbahnbeamten, Bundesbezirk Frankfurt, folgende Aufsicht:

Die unter der Ueberschrift „Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung“ enthaltene Behauptung, die Eisenbahnbeamten aus dem Bezirk Frankfurt seien an der Vorbereitung eines Eisenbahnbeamtenstreiks zum Zweck der vollständigen Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung mit beteiligt, ist unrichtig.

Die Eisenbahnbeamtenchaft im hiesigen Bezirk steht, wie sie im Eisenbahnbeamtenstreik im Juli d. J. öffentlich betont und durch die Tat bewiesen hat, allen wilden Streiks insbesondere bei der letzten Vorlage des ganzen Volkess abweisend gegenüber. Gewiß fordert auch sie im Interesse eines gelassenen Fortschrittes nach zur Befreiung der Arbeitsfreudigkeit für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens die Demokratisierung der Verwaltung, sie ist aber vielmehr von der Gewerkschaftsbijudizial durchdrungen, als daß sie im Widerspruch mit der Zeitung ihres Gewerkschaftsbundes sich zu irgend welchen das gelamte deutsche Volk schädigenden Handlungen hinreissen ließe. Sie weist deshalb die Unterstellungen, wie sie in den angezogenen Artikeln enthalten sind, aufs schärfste zurück.

Militärische Verstärkungen für Chemnitz.

Berlin, 11. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Stelle hören, sind gestern von Berlin zwei Reichswehregimenten nach Chemnitz abgegangen. Sie sollen zur Verstärkung der Eisenkistestruppen in Chemnitz dienen und werden auch dem hiesigen Kommando unterstellt. Da es zu einem militärischen Einschießen in Chemnitz kommen wird, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die bereits am Sonnabend begonnen haben, aber noch nicht zu Ende geführt sind.

Eisenbahnunfall.

Saunover, 11. August. (Drahtnachricht.) Nach einer amtlichen Meldung fuhr am 9. August nachmittags bei Hagen, Westfalen, ein Personenzug in einem Güterzug in die Klante. Drei Militärpersonen wurden getötet, eine schwer und drei leicht verletzt.

Französische Stürmungen für Kaiser Karl.

Paris, 11. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Hier verläutet aus zuverlässiger französischer Quelle, daß in Paris mit allen Mitteln daran gearbeitet wird, dem früheren Kaiser Karl wieder auf den Thron zu helfen. Besonders eifrig betätigt sich in dieser Hinsicht die Schwiegermutter des Kaisers, die ihre schwerwiegenden Beziehungen auszunutzen trachtet, um die frühere Monarchie, wenn auch in veränderter Form, neu herzustellen. Es soll ihr auch gelungen sein, den früheren Kaiser, der sich anfangs ziemlich pessimistisch verhielt, dazu zu bewegen, daß er unter gewissen Garantien der Ententeerklärung wiederum die Krone annimmt. Besonders in Frankreich würde man eine Wiederkehr der Habsburger auf den Thron in den Kreisen der Hofhaltung begrüßen, da man auf diese Welt hofft, bessere Ausbeutungsbedingungen der Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu haben. Zufällig wird auch bereits an der Herstellung der Donau-Verbindung in Paris gearbeitet, und zwar sucht man eine Form zu finden, die den Ambitionen der neuen aus der Monarchie herangezogenen Staaten auf der einen Seite und dem Wunsche des Kaisers Karl gerecht wird.

Die Metallarbeiter-Bewegung in Italien.

Bern, 11. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Verband der italienischen Metallarbeiter erklärt einen Aufruf zum Zusammenritt eines internationalen Kongresses in Mailand vom 15. bis 17. August. Der Entzündungskampf zwischen Kapitalismus und Arbeitergewerkschaften siehe namentlich in der Metallindustrie am stärksten hervor. Der Verband schlägt die Zahl der ausländischen Metallarbeiter auf 500 000. Die Bewegung wächst weiter an.

Ein Aufstand gegen die Türkei.

Bern, 11. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Temp“ meldet aus Kairo: Mustafa Kemal Pascha hat sich geweigert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukommen, Folge zu leisten. Er hat sich von der Türkei unabhängig erklärt und läßt überall bekanntmachen, die Konstantinopeler Regierung habe das Vaterland verraten. Er fordert alle Anhänger des Islams und alle Freunde der Türkei auf, sich ihm anzuschließen. Mustafa verfügt über zwei revolutionäre Divisionen. Zahlreiche Freiwillige schließen sich ihm an. Die türkische Regierung hat zwei Minister zu Verhandlungen in das aufständische Gebiet entsandt. Sie wird versuchen, Gendarmerietruppen in dieses Gebiet zu senden.

Die Frau und der Völkerbund.

Von Dr. Margarete Rothbart.

Der Ausgang des Krieges und die Annahme der furchtbaren Friedensbedingungen haben es mit sich gebracht, daß wir Deutschen, die den Völkerbund ebenso ersehnten wie die Völkern der uns bekämpfenden Völker, nun in der äulien Lage sind, den Anschein zu erwecken, als handelten wir nur im eigenen Interesse, wenn wir die Verwirklichung des Antikriegs Gedanken mit allen Kräften betreiben. Denn da die Verwirklichung des Völkerbundes nur auf friedlichem Wege durch den Völkerbund geschehen kann, so rufen Leute nach ihm, die früher nie daran gedacht hätten, sich mit diesem „Druckfehler der Weltgeschichte“ zu befassen. Wir aber, die am Boden liegen, können nicht zuerst die Hände austrecken nach denen, die erbarmungslos unser Unglück verurteilt haben — so wird von Männern und Frauen gesprochen, die den Völkerbund auch herbeisehnen, die aber nicht als Betrüger stehen wollen, und außerdem von dem richtigen Gefühl geleitet sind, daß nun, da wir im tiefsten Elend sind, die anderen zuerst kommen und uns die Hand zur Verführung und zum Anlauf reichen müßten. Wie aber, wenn schon die ersten, wenn auch zaghaften Schritte unternommen worden wären? Dann viele diese Genennung ja weg, und freien Herzens könnte man sich der großen Aufgabe unterziehen, die durch fünf furchtbare Jahre vergiftete Welt des Friedens zu Freundlichkeit und Liebe zu leiten. Und es ist für die Frauen ein stolzes Gefühl, daß Frauen es waren, die zuerst den Weg von jenseits des Singselbrenns zu uns fanden. In den letzten Wochen waren sie in Berlin, um die Folgen der Hungerblöcke zu studieren und um dann, mit diesem furchtbaren Anlagematerial ausgerüstet, im eigenen Lande den vom Siegestaumel Ergriffenen die bittere Wahrheit zu sagen. Darüber hinaus, um wieder anzuknüpfen, um jenseits aller Verödung den Frieden und die Liebe der Völker zu verkünden. Kant hat bemerkt, daß nur Demokratie den ewigen Frieden garantiere — und es ist kein Zufall, daß die Führer der pazifistischen Bewegung in Deutschland in den Reihen der Demokraten zu finden sind. Noch aber haben die demokratischen Frauen nichts getan für die Verbreitung eines Gedankens, dessen Verwirklichung der größte Lohn der Opfer dieser furchtbaren Jahre wäre. Und niemand ist doch geeigneter als die Frau, diese mütterlichste und liebevollste aller Weltanschauungen zu vertreten. Das spürte man bei diesen englischen Frauen, die aus den verschiedensten politischen Lagern kamen und doch sich in diesem menschlichsten aller Gefühle trafen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß auch sie heute noch eine Minderheit in den Entente-Ländern darstellen — aber das besetzt nur, wie müht und treu der Idee sie kämpfen und arbeiten. Und wo solch eine Hand sich heute uns Frauen bietet, da sollen und wollen wir sie gern ergreifen. Mag auch die Frucht unserer Mühen erst abgesehen, wenn wir schon nicht mehr sind, mag es auch nur ein Sandkorn sein, das wir zu dem großen Bau tragen — ein Anfang muß gemacht werden, damit einst eine bessere und schönere Welt entsteht. Kein Aufgeben des Deutschtums, kein Abwenden von nationalem Eitel und nationaler Zusammengehörigkeit — sondern freie Entfaltung des Eigenlebens im Rahmen der großen, umfassenden Völkergemeinschaft — das ist das Ziel, und daran sollen die Frauen mitarbeiten.

Das neue Betriebsräte-Gesetz.

Das künftige nunmehr im Entwurf veröffentlichte Betriebsrätegesetz tritt an die Stelle des von Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen handelten Entwurfs der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Die alten Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen werden beibehalten.

Der einheitliche Betriebsrat setzt sich aus einer Arbeiter- und Angestelltengruppe zusammen. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten eines Betriebes entsprechend ihrem Zahlenverhältnis nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne. Es umfaßt die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur die Seewirtschaft, Dampfschiffahrt, die einer besonderen Regelung bedarf. Ein Betriebsrat ist in jedem Be-

lebe, der mindestens 20 Arbeiterinnen beschäftigt, zu bilden. Für die Betriebe von 5-20 Arbeitern ist die Wahl von Coleuten vorgeschrieben, die gleichen Rechte und Pflichten haben, wie der Betriebsrat, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen. Für die einzelnen Abteilungen ist die Bildung von Abteilungs-Betriebsräten vorgesehn, woraus ein Gesamtbetriebsrat zu errichten ist.

Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Verkehrsanstalten, erhalten ein von der obersten Stelle bis zur Spitze sich gleichendes System von Räten.

Das aktive Wahlalter beträgt 18 Jahre, das passive 20 Jahre. Die Wahlbarkeit erfordert ferner eine sechsmonatliche Betriebs- und eine dreijährige Gewerbeschäftigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenarbeit der künftigen Beamtenschaft mit dem Betriebsrat ist Sorge getragen. Die Wahlperiode eines Betriebsrates beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Aberufung durch eine qualifizierte Mehrheit erfolgen.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen in der auf Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber sich vollziehenden Regelung aller Arbeitsverhältnisse. Es legen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest, haben das Einmengen unter der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für gerechte, gebührende Abstimmungen sorgen. Die Wohnraumberechtigungen verwaltet künftig der Betriebsrat zusammen mit dem Arbeitgeber. Schließlich hat dieser das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen kein Einpruch, soweit nicht eine Entlassung aus wichtigen Gründen erfolgt, und dem Arbeitgeber zu Verhandlungen notwendig. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet ein unabhängiges Schlichtungsgremium, das auch im übrigen für den ganzen sozialen Aufgabebereich Schlichtungsfunktion ist.

Unter den wirtschaftlichen Funktionen des Betriebsrates seien erwähnt: Er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so für einen möglichst hohen Stand der Produktion und für möglichst wirksame Arbeit der Betriebsleitung zu sorgen. In die mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen entsendet er ein bis zwei Mitglieder nach einem durch den Betriebsrat festgesetzten Verfahren ein Recht darauf, Ausschluß über alle die Arbeitnehmerkraft betreffenden Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Insbesondere kann er die Vorgänge von Lohnbüchern und Informationen über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Januar 1920 ab jährlich die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrates sind durch Strafbefugnisse im Falle der Benachteiligung geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen oder versetzt werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigen Gründen. Die Geheimhaltung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafbestimmungen gesichert. Auf eine weitere Gesetzgebung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter- und Betriebsräte schaffen soll, ist in einem Gesetzentwurf, das somit die unterste Stufe des Räteystems darstellt, bereits mehrfach Rücksicht genommen.

Sach- und die Streikruhen in Deutschland.

Paris, 10. August. „Chicago Tribune“ zufolge hat der Oberste Rat vorgeschlagen, die neuen Gesetze des August 1919 in einem Stillsitzgesetz. Er hat ferner bestimmt, in welche die aktivierten Truppen in der für die Volkswirtschaft vorgesehene Zone des Ostens verlegt werden sollen. Der Kaiser hat dem Vorschlag Sach's angenommen, wonach die 20 Kilometer Zone südlich des Rheins zu legen, die dort bestehenden Truppen, falls Streitkräfte aus anderen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen.

Das Schicksal der „Bremen“ aufgeklärt?

Dresden, 11. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer aus dem geschäftlich gut unterrichteter Stelle zugehenden Nachricht ist die Bestimmung des Handelsdampfers „Bremen“, das seinerzeit verschollen war, vollständig in Bremen angekommen und zwar ohne jede vorherige Anknüpfung. Die Engländer haben die Bestimmung drei Jahre lang gescheitert gehalten und von der Außenwelt vollständig abgeschlossen, um den Verkehr des Westes zu verschleiern. Zu zukünftiger Stelle und auch in Bremen ist eine Bestimmung dieser Nachricht nicht zu erreichen.

Keine Rückstufung auf Deutschland.

Wie der „Lok.-Anz.“ sich machen läßt, müßten die Vereinigten Staaten Eisenbahn mit Kohlen versorgen und könnten wegen des Schiffsverkehrs mit Kohlen nicht mehr als höchstens zwei Millionen Tonnen monatlich liefern. Das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung der europäischen Kohlenkrise bestünde in der Vermehrung der Kohleneinnahme in Europa und namentlich in Deutschland. Die europäischen Kohlenkommission in Paris werde keine Rückstufung nehmen auf den Kohlenbedarf der Deutschen Industrie und in erster Linie an die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken.

Was Ministerpräsident Bauer verspricht.

Der Reichsministerpräsident Bauer hat in seiner Rede vom 28. Juli 1919 einen Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Wiegand an den Generalkonstablerhall von Hindenburg vom 12. September 1917 verlesen. Dr. Wiegand teilte dort den Wortlaut des Schlussteils des Briefes mit, den der Reichsministerpräsident weg gelassen hat. Er lautet: „Dazu kommt, was wir im Osten an Macht und Einfluß in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung gewinnen werden. Gibt es ein „Jugender“, ein „Betriebsruhen“ oder was wird wegen Deutschlands, das sich 3 und 4 Jahre weit im feindlichen Land strecken gegen eine deutsche Hebermacht behauptet, das noch letztlich eine unvergleichliche Probe seiner Entschlossenheit im ersten Osten gab, je wieder anzureisen?“

Rein, untere Arbeiter und Dränger lassen sich beruhigen! Wenn wir auf obiger Grundfläche unseren armen, gequälten Völkern und der Welt den Frieden verschaffen könnten, dann sollen wir erst und nicht einen Monat länger eines noch so wohlwollenden Stützpunktes (Lüttich) wegen Kriegen führen. Helfen Sie also, bitte, für Aufklärung zu sorgen!“

Dr. Michaelis fügt dieser Mitteilung folgende Bemerkung hinzu: „Ich behaupte, daß es den Vertretern der Regierung auch nicht vorübergehend gelungen wäre, mit einem gewissen Erfolg auf einen Teil ihrer Kräfte vorzumerken, daß ich ein „Friedensangebot“ in unerwarteter Weise von der Hand gewiesen hätte, wenn mein Brief vollständig vorlesen worden wäre.“

Die Verluste der Marine im Weltkrieg.

In der Hand von authentischem Material macht die „Kreuzzeitung“ einige Angaben über die Verluste der deutschen Flotte im Krieg. Nach diesem betragen die Verluste an Törnen und Kreuzern: für die Offiziere 138 v. S., für die Unteroffiziere 1008 v. S. und für die Mannschaften 88 v. S. In diesen Verlustangaben sind jene für die ehemalige Kreuzfahrflotte nicht enthalten, ebensowenig jene, die im Laufe des Krieges an Krankheit gestorben sind. Die Gesamtverluste der Marine einschließlich der Besatzung der Kreuzfahrflotte und der durch Krankheit Verstorbenen lassen sich auf ungefähr 9 v. S. des Gesamtpersonalbestandes der Marine berechnen.

Landarbeiterstreiks in Frankreich.

Paris, 10. August. Die Landarbeit des Senne- und Marne-Departements sanken an, die Arbeitseinstellung so daß während der Einbringung der Ernte in die ausgedehnten Gebiete gescheitert werden mußte. Im Oise-Departement streikten die Landarbeiter ebenfalls. Der Verband der italienischen Metallarbeiter erläßt einen Aufruf zum Zusammentritt eines internationalen Kongresses in Berlin vom 15. bis 17. August. Der Verband hat die Zahl der Mitglieder auf 1000000 Landarbeiter auf 200 000. Die Bewegung wächst weiter an.

Die zerrütteten Verkehrs-Verhältnisse in Rußland.

Die vollständige Auflösung des Verkehrswesens ist eine Tatsache, die von den Bolschewiken der russischen Sowjetrepublik abgelehnt wird. Diese Auflösung des Verkehrswesens hat durch die Übertragung der Bahnhöfen in die Hände der arbeitenden Klassen sowie durch die „Nationalisierung“ aller Dampfzüge und Flugzeugzüge einen eigentümlichen, juristischen Ausdruck erhalten. Die gesamte Material der Eisenbahnen des Sowjetstaates, das bereits vor dem Kriege in keinem guten Zustande und zudem in ungenügender Menge vorhanden war (Rußland fehlten damals allein für sein europäisches Territorium 80 000 Güterwagen), ist durch den seit zwei Jahren tobenden Bürgerkrieg und die sich über die elementarsten Fortschritte des inneren Verkehrs im Lande hinwegsetzende Willkürherrschschaft der Lenin und Trotzki in einen trostlosen Zustand gebracht worden. Auf allen Eisenbahnhöfen werden die zum Verkehr kommenden Waren gehalten, falls sie keine Karte und gut beweisene Schugpässe haben, die bei den durch die herrschenden Anarchisten herangezogenen Wachen der Bauern häufig bei Kontrollen fehlen. Wachen dieser Art sehen die Bahnbeamten durch die herrschende Anarchie oder durch die unzureichende Besetzung, die sie bei ihren Vorgesetzten täglich vor Augen haben, dazu veranlaßt, ganze Waggonsabteilungen zu fesseln, um sie registriert zu „verschleppen“.

Im Laufe der ersten sechs Monate dieses Jahres ist der Gütertransport im Sowjet-Rußland um 63 Prozent gegen die entsprechende Periode des Vorjahres gesunken, was um so lächerlicher auf das innere Wirtschaftswesen zurückwirkt, als ein Vergleich der Abgaben des Vorjahres mit der Friedenernte der Bauern bereits einen enormen Rückgang ergibt. Die Finanzen der Eisenbahnen befinden sich in einem völlig hoffnungslosen Zustand, denn alle nationalisierten Bahnhöfen leben auf Kosten der Staatskasse, oder, richtiger gesagt, auf Kosten der Volkspresse. Was die Privatbahnen betrifft, so ist ihre finanzielle Lage infolge der noch trostloser, als ihr Betrieb und Unterhaltung schon während des Krieges verbräutet war, so daß sie sich gezwungen sehen, große Beiträge beim Staate aufzunehmen. Die für die Bahnbeamten von der Sowjetregierung durch die allgemeine Geldentwertung festgesetzten unerhöht hohen Löhne (so erhielt z. B. ein Telegraphist bei der Eisenbahn mit dem Ueberstundenlohn bis zu 20 000 Rubel jährlich), die große Anzahl von Angestellten, die geringe Arbeitsfähigkeit der meisten Beamten, die unabhängigen Komitees, bewirken im Verein mit der Verteuerung aller für den Verkehr nötigen Materialien, daß der Zerfall einzelner privater Bahnhöfen (sowie der Verlust namentlich angeführter werden. Schriftleitung) in die Misere verfehlt. Die finanzielle Lage der Staatsbahnen ist dementsprechend schmerzlicher. Der Volkskommissar für Finanzen teilte in einer Besprechung des Exekutivkommissars der Arbeiter und Bauern mit, daß die Verkehrsfähigkeit der Eisenbahnen gegen das Vorjahr um weitere 63 Prozent gesunken ist, während die Betriebskosten sich um ca. 400 Prozent erhöhten. Die Betriebskosten pro Weich, die vor dem Kriege 11 597 Rubel betragen und im Jahre 1918 um 120 000 Rubel liegen, haben die schwindende Höhe von fast einer Million Rubel erreicht. Welt schimmer ist die Lage der Transportmittel zu Wasser sowohl im See wie im Flußverkehr. In Rußland sind Handelsflotte ist, soweit es von den verschiedenen Arbeiterkomitees mit Beschluß gefaßt worden ist, zum größeren Teil zerstört worden und die verbliebenen Restschiffe und Einrichtungsgegenstände sind nach allen Seiten verstreut.

In Wien herrscht Clemenceau.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Dr. Rudo Hartmann, der Gesandte des Reiches in Wien, hat seine Entlassung gegeben. In Wien herrscht in Berlin, hat seine Unterredung, aus der es den Konsequenzen zu sein. Dr. Rudo Hartmann hatte seinen Zweifel darüber gefaßt, und es war in politischen Kreisen wohl bekannt, daß er den neuen Kurs des Reiches nicht mitmachen würde. Dieser Kurs aber führt ins Entente-Lager und verzielt vollständig auf die Verwirklichung der Angliederung an Deutschland. Herr Renner hatte erklärt, er sei trotz dem Anbänger der Angliederung. Von Wien aus war ver-

sucht worden, den Rücktritt Bousset nicht allein durch die Ausschüttung erklären zu lassen. Jetzt ist durch den Rücktritt Hartmanns beseitigt worden: Die deutsch-österreichische Regierung hat sich von der reichsdeutschen Politik getrennt. Sie optierte ihren Vorkämpfer. In Wien herrscht Clemenceau. Die Folgerungen daraus für uns sind klar. Wir wissen, daß die deutsch-österreichische Regierung noch am Substanz ist, müssen wir, da unser Verhältnis zu Österreich nur von Regierung zu Regierung offiziell geht, diese Regierung Selb-Renner als eine ungenutzte betrachten.

Große Ernährungschwierigkeiten in Amerika.

Berlin, 11. Aug. Der „Berliner“ teilt mit, daß die Ernährungschwierigkeiten, mit denen der Weltlieferant Amerika im eigenen Lande zu kämpfen hat, einen bedrohlichen Umfang angenommen haben. Louis B. T. hatte der Direktor des amerikanischen Weizenraats, Barnes, mit Wilson eine lange Konferenz, deren Ergebnis ein Weizenausfuhrverbot nach Europa war. Das Verbot verurteilte einen sensationellen Preisrückgang in Getreide und Fleisch.

Deutsches Reich.

Bankbeamtenstreik in Hamburg-Altona.

WTB. Hamburg, 11. Aug. Die Bankbeamten in Hamburg-Altona sind heute in den Streik eingetreten. Die Banken sind infolgedessen geschlossen. Die Bankleitungen haben die arbeitswilligen Beamten und Boten aufgefordert, sich Montag früh an ihren Arbeitsstätten einzufinden. Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Schutz der Arbeitswilligen seien seitens des Korps Letztum ausreichende Vorkehrungen getroffen. Die Banken gehen jedoch bekannt, daß der Betrieb der Banken für den Verkehr mit dem Publikum nicht aufgenommen würde.

Obersteleische Bandenaufrührer inhaftig gemacht.

Hindenburg, 10. August. Einem Sturmbataillon der dritten Marine-Brigade von Doenitz ist es in letzter Nacht gelungen, den obersteleischen Bandenführer Hajo zu fassen. Hajo selbst und sein zweiter Führer wurden dabei gefangen. Mehrere andere Hauptangehörige, darunter der Bruder Hajo's, wurden festgenommen.

Ditpreußens Ernte nicht bedroht.

Berlin, 11. Aug. Wie verschiedene Blätter berichten, sind die Nachrichten nicht zureichend, denen zufolge ein Landarbeiterstreik in Ditpreußen die Einbringung der Ernte gefährden sollte. Ditpreußen sei zurzeit durch Entlastung nicht bedroht. Unter den Arbeitern herrscht eine ruhige und besonnene Stimmung, obwohl eine lebhaftere Agitation der Unabhängigen durch Reden und Flugblätter betrieben werde.

Anfrage wegen Rückkehr der Gefangenen.

Weimar, 10. Aug. Die Abgeordneten Hugo und Dr. Rießer (D. Vpt.) haben folgende Anfrage eingebracht: Nach den „Mitteilungen“ des Reichsbundes zum Gedächtnis des Weltkriegs und Zivilgefangenen soll sich aus den Erzählungen des Regierungsvorsetzters auf dem Vertretertag des Reichsbundes einwandfrei ergeben haben, daß entgegen allen anderen Erzählungen nach Ansicht der Regierung mit der Rückkehr der Gefangenen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Wir fragen deshalb an: Welche Schritte hat die Regierung unternommen, um die der Freigabe der Gefangenen erneut entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beheben und gegen das dem Geiste des Friedensvertrages widersprechende Verhalten der Entente Einpruch zu erheben?

Die Demokraten für das Reichsnotopfer.

Weimar, 10. Aug. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich in mehreren Sitzungen mit der Vorlage über das Reichsnotopfer beschäftigt und sich mit dem Grundgedanken der Vorlage im wesentlichen einverstanden erklärt.

Ausland.

Rücktritt des englischen Außenministers.

Berlin, 11. Aug. Wie das „L. T.“ bestätigt zu können glaubt, würde der englische Minister des Auswärtigen Balfour in aller nächster Zeit zurücktreten und Lord Curzon zum Nachfolger ernannt werden. In der „L. Times“ wird gesagt: Die englische Politik befindet sich am tiefen Punkt. Für uns Deutsche haben die Betrachtungen der inneren Vorgänge Englands heute einen, mehr als nur theoretischen Wert. Unsere Zukunft nach dem Kriege ist mehr, als wir es bisher eingesehen hätten, mit der des britischen Reiches verknüpft.

7000 deutsche Deserteure in Holland.

Die deutschen Deserteure, die während des Krieges nach Holland gekommen sind, werden, wie „Het Vaderland“ meldet, in Waide benötigt werden, Holland zu verlassen. Ihre Zahl beträgt 6000-7000.

Provinzial-Nachrichten.

Gresen, 9. August. (Doppel-Raubmord.) Erst jetzt wurde eine heuchlerische Tat entdeckt, die schon vor mehr als drei Wochen begangen wurde. Im Großholz bei Hohnstein, etwa eine Stunde von hier entfernt, fand man die Leichen zweier Männer, und zwar abseits vom Wege im Gebüsch und etwa 20 Meter von einander entfernt. Dem einen Manne war die Kehle durchschnitten worden und das Messer lag noch daneben; dem andern war der Kopf mit feinsten Eisenwunden bedeckt. Ermittlungen in Hohnstein ergaben, daß es sich um zwei russische Kriegsgefangene handelt, die am 15. Juni zuletzt in Hohnstein gesehen worden sind. Die beiden handelten mit Hagenstein, Tee und Getreide. Der Hagensteiner bei sich. Weiter stellte sie heraus, daß eine „Kriegerverbände in Stärke von 8 Männern und mehreren Frauen und Kindern am Tage danach in aller Frühe beobachtet worden ist, wie sie in größter Eile das Großholz verließ und in der Richtung Hahnstein weiterzog. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß Mitglieder dieser Kriegerverbände die